

(3) Rechtsaufsicht . . . . .	203
cc) Beschränkungen bei der Übernahme deutscher Versicherer . . . . .	206
dd) Neuordnung der Aktivitäten ausländischer Versicherer . . . . .	207
ee) Besteuerung . . . . .	210
(1) Besteuerung der Tätigkeit im Dienstleistungsverkehr und über eine rechtlich unselbständige Niederlassung . . . . .	210
(2) Besteuerung der Tätigkeit über eine Tochtergesellschaft . . . . .	212
b) Versicherungsgeschäfte . . . . .	214
aa) Versicherungsprodukte . . . . .	214
bb) Versicherungsprämien . . . . .	219
cc) Rolle der Versicherungsverbände . . . . .	220
dd) Besteuerung . . . . .	220
(1) Versicherungsteuer . . . . .	220
(2) Abzugsfähigkeit der Versicherungsprämien und Besteuerung der Versicherungsleistungen . . . . .	222
ee) Sozialversicherungsrecht . . . . .	225
ff) Kapital- und Zahlungsverkehr . . . . .	226
gg) Altbestand . . . . .	227
c) Versicherungsvermittler . . . . .	228
d) Sonstige rechtliche Beschränkungen . . . . .	228
3. Faktische Beschränkungen . . . . .	229
a) Erfordernis der Präsenz vor Ort . . . . .	229
b) Kundeneinstellung und -verhalten . . . . .	231
c) Vertriebsstrukturen . . . . .	233
d) Vertragslaufzeiten . . . . .	234
4. Bewertung . . . . .	235
5. Weitere Maßnahmen der EU . . . . .	237
6. Liberalisierung ausländischer Märkte aus Sicht der deutschen Versicherer .	239
II. Deregulierung und Mehrregulierung . . . . .	239
1. Grundlagen . . . . .	239
2. Deregulierungswirkungen der Richtlinien . . . . .	239
3. Das Regulierungssystem in Deutschland vor und nach Umsetzung der EU-Richtlinien . . . . .	241
4. Mehrregulierung und sonstige kompensierende Maßnahmen . . . . .	242
a) Regulierungs- und Aufsichtsinstitutionen . . . . .	243
aa) Bundesaufsichtsamt . . . . .	243
bb) Schiedsstelle . . . . .	247

cc) Verantwortlicher Aktuar . . . . .	248
b) Informationsinteressen . . . . .	250
aa) Versicherungsprodukte . . . . .	250
(1) Grundlagen . . . . .	250
(2) Musterbedingungen . . . . .	251
(3) Preis-Leistungs-Vergleiche und öffentliche Aufklärung . . . . .	252
(4) Werbung . . . . .	255
bb) Versicherungsvermittlung . . . . .	255
cc) Informationspflichten der Versicherer . . . . .	259
dd) Rechnungslegung, Publizität und Rating-Systeme . . . . .	259
ee) Informationspolitik des BAV . . . . .	262
c) Gläubiger- und Schuldnerinteressen . . . . .	263
aa) Eigenkapitalausstattung . . . . .	264
bb) Kapitalanlagen . . . . .	267
cc) Versicherungstechnische Rückstellungen . . . . .	268
dd) Versicherungsgeschäfte . . . . .	268
ee) Konkursicherung(-sfonds) . . . . .	269
(1) Gestaltungsmöglichkeiten . . . . .	269
(2) Bewertung . . . . .	270
ff) Widerrufs-, Rücktritts- und Kündigungsrechte . . . . .	272
5. Bewertung . . . . .	273
6. Weitere Maßnahmen der EU . . . . .	275
<b>III. Wettbewerb der Regulierungssysteme . . . . .</b>	<b>277</b>
1. Wettbewerb zwischen den Regulierungssystemen der Mitgliedstaaten . . . . .	277
a) Grundlagen . . . . .	277
b) Versicherer . . . . .	280
aa) Eigenkapitalausstattung . . . . .	280
bb) Kapitalanlagen . . . . .	281
cc) Rechnungslegung und Publizität . . . . .	282
dd) Spartentrennung . . . . .	285
ee) Besteuerung der Versicherer . . . . .	285
c) Versicherungsgeschäfte . . . . .	288
d) Bewertung . . . . .	288
2. Wettbewerb zwischen den Regulierungssystemen für Kreditinstitute und Versicherer . . . . .	290
a) Eigenkapitalausstattung . . . . .	291
b) Rechnungslegung und Publizität . . . . .	295

**E. Einzel- und gesamtwirtschaftliche Effekte des Binnenmarktes  
für Versicherungen aus Sicht der deutschen Versicherer**

I. Einzelwirtschaftliche Effekte . . . . .	296
1. Sortiments- und Produktgestaltung . . . . .	297
a) Rechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	297
b) Gestaltungsmöglichkeiten . . . . .	298
aa) Grundlagen . . . . .	298
bb) Möglichkeiten und Grenzen der Produktgestaltung . . . . .	300
cc) Auswahl der Tätigkeitsregionen und der Tätigkeitsformen . . . . .	303
2. Prämiengestaltung . . . . .	306
a) Rechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	306
b) Gestaltungsmöglichkeiten . . . . .	307
3. Gestaltung des Vertriebsverfahrens . . . . .	309
4. Sonstige Effekte . . . . .	312
II. Gesamtwirtschaftliche Effekte . . . . .	312
1. Regulierungs- und Wettbewerbsintensitäten . . . . .	312
2. Wettbewerbseffekte . . . . .	316
a) Prämieniveau . . . . .	316
b) Ergebnislage der Versicherer . . . . .	318
c) Verfügbarkeit von Versicherungsschutz . . . . .	325
d) Konzentration der Versicherungsmärkte . . . . .	326
e) Variabilität der Marktanteile . . . . .	327

**Zusammenfassung**

Regulierung . . . . .	329
Liberalisierung . . . . .	330
Regulierungssystem der EU-Richtlinien . . . . .	332
Ergebnisse des Binnenmarktes . . . . .	333
Effekte des Binnenmarktes . . . . .	339

**Literaturverzeichnis**

341

**Sachwortverzeichnis**

373

## **Abkürzungsverzeichnis**

ABI	Association of British Insurers
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AGB-Gesetz	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz)
AgV	Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e.V.
AIDA	Association Internationale de Droit des Assurances
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
AVAD	Auskunftsstelle über den Versicherungsaußendienst
B	Belgien
BAV	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen
BB	Betriebsberater
BCCI	Bank of Credit and Commerce International
BerVersV	Verordnung über die Berichterstattung von Versicherungsunternehmen gegenüber dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen
BEUC	Bureau Européen des Unions de Consommateurs
BewG	Bewertungsgesetz
BIPAR	Bureau International des Producteurs d'Assurances et de Réassurances
BMF	Bundesminister der Finanzen
CEA	Comité Européen des Assurances
CH	Schweiz
D	Deutschland
DAV	Deutsche Aktuarvereinigung e.V.
DB	Der Betrieb
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen

DK	Dänemark
DTI	Department of Trade and Industry
E	Spanien
ECU	European Currency Unit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
E(E)C	European (Economic) Community
EFTA	European Free Trade Association
EGVVG	Einführungsgesetz zum Versicherungsvertragsgesetz
endg.	endgültig
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVÜ	EWG-Übereinkommen über das auf versicherungsvertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
E(W)G	Europäische (Wirtschafts-) Gemeinschaft(en)
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem
F	Frankreich
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fimbra	Financial Intermediaries, Managers and Brokers Regulatory Association
fin.	final
FSA	Financial Services Act
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GP	Geneva Papers on Risk and Insurance
GR	Griechenland
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HB	Handelsblatt
HdV	Handwörterbuch der Versicherung

HdWW	Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften
HWB	Handwörterbuch der Betriebswirtschaft
I	Italien
IASC	International Accounting Standards Committee
IOB	Insurance Ombudsman Bureau
IRL	Irland
k.A.	keine Angaben
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KO	Konkursordnung
KStG	Körperschaftsteuergesetz
L'Argus	L'Argus, Journal International des Assurances
Lautro	Life Insurance and Unit Trust Regulatory Organisation
NAFTA	North American Free Trade Association
NAIC	North American Insurance Commissioners
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NL	Niederlande
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
O.J.	Official Journal
o.V.	ohne Verfasserangabe
PIAS	Personal Insurance Arbitration Service
R	Rundschreiben
RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen
RIW	Recht der International Wirtschaft
SIB	Securities and Investment Board
Slg.	Sammlung der Entscheidungen des Gerichtshofs
Sp.	Spalte(n)
SRO	Self Regulatory Organisation(s)
UK	United Kingdom
UStG	Umsatzsteuergesetz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung von Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz)
VerBAV	Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen

<b>VersR</b>	<b>Versicherungsrecht</b>
<b>VerStG</b>	<b>Versicherungsteuergesetz</b>
<b>VersVerm</b>	<b>Versicherungsvermittlung</b>
<b>VK</b>	<b>Versicherungskaufmann</b>
<b>VO</b>	<b>Verordnung</b>
<b>Vol.</b>	<b>Volume</b>
<b>VP</b>	<b>Die Versicherungspraxis</b>
<b>VRundschau</b>	<b>Versicherungsrandschau</b>
<b>VStG</b>	<b>Vermögensteuergesetz</b>
<b>VVaG</b>	<b>Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit</b>
<b>VVG</b>	<b>Gesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz)</b>
<b>VW</b>	<b>Versicherungswirtschaft</b>
<b>WPg</b>	<b>Die Wirtschaftsprüfung</b>
<b>WTO</b>	<b>World Trade Organisation</b>
<b>ZfB</b>	<b>Zeitschrift für Betriebswirtschaft</b>
<b>ZfbF</b>	<b>Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung</b>
<b>ZfV</b>	<b>Zeitschrift für Versicherungswesen</b>
<b>ZVD</b>	<b>Zentralregister für Versicherungsvermittler in Deutschland</b>
<b>ZVersWiss</b>	<b>Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft</b>



## **Einleitung**

### **I. Einführung**

Das Dritte Gesetz zur Durchführung versicherungsrechtlicher Richtlinien des Rates der Europäischen Union (EU), kurz Drittes Durchführungsge- setz/EWG zum VAG genannt, ist am 29. Juli 1994 in Kraft getreten. Die damit verbundenen Gesetzesänderungen dienen vor allem der Umsetzung der sogenannten „dritten Richtlinien“ der EU, die den Binnenmarkt für Versiche- rungen vollenden sollen<sup>1</sup>.

Die Meinungen über mögliche Auswirkungen der neuen rechtlichen Rah- menbedingungen auf den deutschen Versicherungsmarkt gehen weit ausein- ander. Sie liegen in der Bandbreite von „tiefster Einschnitt seit Einführung der Versicherungsaufsicht im Jahre 1901“ bis „es bleibt alles - oder zumindest vieles - so wie es war“<sup>2</sup>. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungs- wirtschaft e.V. (GDV) kommt in einer ersten Bewertung zu dem Ergebnis, daß die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bereits Veränderungen auf dem deutschen Versicherungsmarkt bewirkt hat. Zu Struktureinbrüchen ist es allerdings nicht gekommen. Der Wandel vollzieht sich kontinuierlich<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> Drittes Gesetz zur Durchführung versicherungsrechtlicher Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften (Drittes Durchführungsge- setz/EWG zum VAG) vom 21. Juli 1994, Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1994, Teil I, S. 1630-1669; Richtlinie des Rates 92/49/EWG vom 18. Juni 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG und 88/357/EWG (Dritte Richtlinie Schadenversicherung), Abl. der EG Nr. L 228, 11. August 1992, S. 1-2; Richtlinie des Rates 92/96/EWG vom 10. November 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (Lebensversicherung) sowie zur Ände- rung der Richtlinien 79/267/EWG und 90/619/EWG (Dritte Richtlinie Lebensversi- cherung), Abl. der EG Nr. L 360, 9. Dezember 1992, S. 1-2.

<sup>2</sup> o.V.: Eine Revolution findet nicht statt, in: VK 1993, S. 21-23; Verband der Le- bensversicherungs-Unternehmen e.V. (Hg.): Die deutsche Lebensversicherung, Jahr- buch 1993, Karlsruhe 1993, S. 10.

<sup>3</sup> Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (Hg.): Die deutsche Versicherungswirtschaft, Jahrbuch 1995, Karlsruhe 1995, S. 13.

## II. Vorgehensweise

Nach der Definition der Regulierungsbegriffe in Kapitel A.I. wird in Kapitel A.II. die Regulierung der Märkte im allgemeinen und der Versicherungsmärkte im besonderen begründet. Betrachtet werden die Informationsprobleme der Versicherungsnehmer und Versicherer, die besondere Gläubigerposition der Versicherungsnehmer, die (möglichen) Interessenkonflikte der Versicherungsvermittler und die (vergleichsweise) elastische Kapazität der Versicherer. Aufgezeigt werden ferner Kosten und Nutzen der Regulierung sowie die mit ihr verbundenen Gefahren. In Kapitel A.III. wird ein Grundmodell eines Regulierungssystems entwickelt, das aus Regulierungszielen, -institutionen, -objekten und -instrumenten besteht. Darauf aufbauend werden in Kapitel A.IV. die Eckpunkte der Regulierungssysteme in den EU-Mitgliedstaaten vor Umsetzung der Richtlinien dargelegt. Das deutsche System steht dabei für die kontinentaleuropäischen Mitgliedstaaten, das britische für die angelsächsischen Mitgliedstaaten sowie die Niederlande.

In Kapitel B.I. wird die Liberalisierung als Abbau von rechtlichen Beschränkungen des Marktzugangs für ausländische Anbieter und ihre Produkte definiert. Die möglichen Marktzugangsbeschränkungen werden in Kapitel B.II. besprochen und zwar differenziert nach Tätigkeitsverboten als strengster Form, mengenmäßigen Beschränkungen, tarifären Beschränkungen und nach nicht-tarifären Beschränkungen. In Kapitel B.III. wird die Liberalisierung der Märkte begründet. Dabei wird der Versuch unternommen, die Ansätze der Theorie des Außenhandels auf die Versicherungsmärkte zu übertragen und auf dieser Grundlage die Vorteile der Liberalisierung aufzuzeigen. Eingegangen wird auch auf den Ansatz der EU-Kommission, die Kosten der Nicht-Verwirklichung Europas zu quantifizieren. Der Marktzugang kann auf verschiedene Weise erfolgen, vor allem durch Produktion von Versicherungsschutz und Export in den Mitgliedstaat (oder das Land) des Versicherungsnehmers beziehungsweise des versicherten Risikos oder durch Produktion vor Ort. Die Zugangsformen werden in Kapitel B.IV. erörtert. In Kapitel B.V. wird dann ein Modell eines liberalisierten Versicherungsmarktes entwickelt, das als Maßstab für die in Kapitel D.I. aufgestellte These der „beschränkten Liberalisierung“ dient. Eckpunkte sind die Zulassung und Beaufsichtigung der Versicherer durch eine Aufsichtsbehörde verbunden mit dem Recht, in allen EU-Märkten ihre Produkte über alle Tätigkeitsformen zu vertreiben und Vermögenswerte anzulegen.

In Kapitel C wird das Regulierungssystem beschrieben, das sich aus den EU-Richtlinien ergibt, und das Regulierungssystem, das in Deutschland nach Umsetzung der Richtlinien entstanden ist. Es werden auch Hinweise gegeben auf

die Bestimmungen der Mitgliedstaaten, die den Richtlinien als Vorbild gedient haben. Die Darstellung erfolgt getrennt nach Regulierungszielen und Regulierungsinstitutionen. Den Regulierungsobjekten werden die maßgeblichen Regulierungsinstrumente zugeordnet.

Die Liberalisierungseffekte der Richtlinien aus Sicht eines ausländischen Versicherers, der auf dem deutschen Markt tätig werden möchte, werden in Kapitel D.I. erörtert. Es wird gezeigt, daß die EU-Richtlinien den deutschen Versicherungsmarkt nur partiell liberalisieren, daß also von dem in Kapitel B entwickelten Modell eines liberalisierten Versicherungsmarktes Abstriche gemacht werden müssen. Es bleiben vielfältige rechtliche und faktische Beschränkungen bestehen. Diese Beschränkungen werden erläutert und bewertet und zwar differenziert nach Tätigkeitsformen, Versicherungszweigen und nach Typen von Versicherungsnahmern. Anschließend wird geprüft, welche weiteren Maßnahmen der Union oder der Mitgliedstaaten nötig sind, um eine weitergehende Öffnung der Versicherungsmärkte zu erreichen<sup>4</sup>. In Kapitel D.II. werden die Deregulierungseffekte der Richtlinien besprochen. Es wird dargelegt, daß die EU-Richtlinien den deutschen Versicherungsmarkt deregulieren und die Struktur des Regulierungssystems verändern. Die Deregulierung wird teilweise kompensiert durch staatliche Maßnahmen der Mehrregulierung sowie Maßnahmen der Selbstregulierung des Marktes oder der Marktteilnehmer. Erörtert wird die zweckmäßige Gestaltung des deutschen Regulierungssystems, wobei sowohl die Schutzinteressen der Versicherungsnahmer als auch die Anforderungen des Binnenmarktes berücksichtigt werden („wettbewerbsfähiges Regulierungssystem“). Die Struktur der Regulierungssysteme und die Regulierungsintensität in den EU-Mitgliedstaaten (und den EWR-Vertragsstaaten) sind auch nach Umsetzung der EU-Richtlinien unterschiedlich. Da ein im Herkunftsland zugelassener Versicherer seine Geschäfte in allen anderen Mitgliedstaaten betreiben darf, kann es zu einem Wettbewerb der Regulierungssysteme kommen. Denn ein Versicherer mit Sitz in einem weniger regulierten Markt kann Vorteile gegenüber Wettbewerbern aus einem stärker regulierten Markt haben. Die Voraussetzungen für einen Wettbewerb der Regulierungssysteme, die Bereiche des Wettbewerbs sowie die möglichen Auswirkungen auf die Regulierungsinstitutionen und die betroffenen Regulierungsobjekte werden in Kapitel D.III.1. besprochen. In Kapitel D.III.2. wird schließlich kurz auf den Wettbewerb der Regulierungssysteme der Kreditinstitute und Versicherer eingegangen.

---

<sup>4</sup> Die Kommission hat in ihrem Arbeitsprogramm für 1996 allerdings angekündigt, sich mit neuen Richtlinienvorhaben zurückzuhalten. Sie möchte insgesamt nur 16 neue Vorschläge vorlegen.